Basel, den 27. Januar 1923 XXIII. Jahrgang / No. 4

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-12 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 15.— per Jahr, Fr. 8.— per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.



Redaktion: Dr. HENRY FAUCHERRE. Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel. Für denselben Dr. Oscar Schär



Führende Gedanken



Die soziale Bedeutung des Genossenschafts-Gedankens.

III.

An einen Stillstand in den gegenwärtigen Uebergangszuständen ist im Ernst nicht zu denken. So bleibt nur die Alternative einer friedlichen Umgestaltung ohne Bruch irgend einer Art oder eines Bruches, der aber nur zum Chaos führen könnte. Obgleich die kooperative Entwicklung in ihren höheren Stadien sehr wesentliche Umgestaltungen der gegenwärtigen sozialen Zustände, namentlich in dem Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital (beide Faktoren in weitestem Sinne verstanden) erstrebt und ermöglicht, so geschieht dies doch auf dem Wege durchaus friedlicher, allmählicher Entwicklung, ohne Verletzung eines wohlerworbenen Rechtes Dritter, nur durch geeignete Verwertung der allgemeinen sozialen Freiheit, wie sie entweder schon besteht oder doch das sichere und nahe Ziel der ganzen allgemeinen Entwicklung des modernen Kulturstaates ist. Alle Korrektive gegen die Nachteile der freien Konkurrenz auf allen volkswirtschaftlichen Gebieten, den Grundbesitz nicht ausgenommen, werden von der kooperativen Selbsthilfe nur eben in dem Gebrauch jener Freiheit selbst gesucht.

Ist aber unter allen Umständen die unerlässliche Bedingung der besseren Möglichkeit in dem grösseren oder geringeren Grad gesunder Bildung der Beteiligten zu suchen, so ist auch in dieser Beziehung die Bedeutung des kooperativen Prinzips nicht hoch genug anzuschlagen, da jede höhere Stufe der kooperativen Entwicklung zugleich eben die Erfüllung dieser Bedingung fördert und zu fördern vermag.

Nach alledem liegt weder in den Bahnen und Mitteln, noch in den Zielen der kooperativen Selbsthilfe auch nur ein einziges wesentliches und in der Natur der Sache begründetes Moment, wodurch irgend ein sittliches oder logisches oder irgend ein vernünftiges, billiges bürgerliches Gesetz bedroht oder verletzt würde. Unter diesen Umständen bedarf es nur eines unbefangenen Blickes, um der kooperativen Selbsthilfe eine grössere Bedeutung in der Arbeiterfrage zu vindizieren, als irgend einem andern Moment der sozialen Entwicklung der neueren Zeit.

V. A. Huber.

Zum Lohnabbau.

In der Privatwirtschaft ist der Lohnabbau bereits allgemein durchgeführt, während er in den Konsumvereinen zum Teil noch in den Vorbereitungsstadien steckt. Dort hat dieser Abbau einen andern Verlauf genommen, als es seinerzeit auf Arbeiterseite erwartet wurde. Man dachte an Angriff und Abwehr, an ein Ringen unter Aufbietung aller Kräfte und unter Einsetzung aller Kampfmittel. Der Unternehmer solle es sich wohl überlegen, ehe er zum Lohnabbau übergehe, denn er werde dabei auf einen nie erlebten Widerstand stossen, er werde da förmlich auf Granit beissen. Was der Arbeiter einmal besitze, lasse er sich nie mehr rauben. Seit solche Redensarten geführt wurden, ist noch keine lange Zeit verstrichen, aber der Lohnabbau ist entweder schon durchgeführt, oder in der Durchführung begriffen. Mancherorts hat er sich durchgesetzt, ohne auf Widerstand zu stossen, mancherorts wurden ihm nur Scheingefechte geliefert. Das massgebende Wort in dieser Frage sprachen eben die wirtschaftlichen Tatsachen, denen gegenüber die sonst üblichen Kampfmethoden grösstenteils zum Versagen verurteilt waren. Nun ist es ja begreiflich, wenn der Kapitalismus und die Kapitalisten, als die erfolgreichen Lohnräuber betrachtet werden, dagegen sollte man sich hüten, vom Lohnabbau zu sagen, er sei kapitalistischer Selbstzweck, wo doch so klar zutage tritt, dass er die Begleiterscheinung wirtschaftlichen Niedergangs ist. Weit mehr als die Arbeiter haben die Kapitalisten Ursache, mit Befriedigung jener Jahre zu gedenken,

wo die Löhne einen ungewöhnlich hohen Stand aufwiesen. Noch grösser war damals der Dividendensegen, wie ein Blick auf die Dividendenzahlungen von 240 schweizerischen Industriegesellschaften zeigt: Im Jahre 1914 wurden 45 Millionen Franken Dividenden ausgeschüttet; 1915: 61 Millionen; 1916: 82 Millionen; 1917: 99 Millionen; 1919: 100 Millionen; 1920: 84 Millionen; 1921: 38 Millionen Franken.

Beim Lohnabbau kommt man nicht mehr damit aus, ihn einfach zu einer Frage zu stempeln, die ihre Gründe im kapitalistischen Gewinnstreben hat. Die gewaltigen Veränderungen im Wirtschaftsleben haben zur notwendigen Folge, dass eine Anpassung an die neuen Verhältnisse eintritt, wobei nicht etwa die eine oder andere Wirtschaftsrichtung, z. B. die staatliche oder genossenschaftliche, auf ihren bisherigen Verhältnissen beharren kann. Wenn man nicht von der Eidgenossenschaft reden will, weil in ihr die Arbeiterschaft eine politische Minderheit ist, und wenn man aus dem gleichen Grunde auch nicht auf die Kantone hinweisen will, obwohl hier zum Teil ein erheblicher politischer Einfluss der Arbeiterschaft besteht, so darf man mit um so grösserer Berechtigung auf jene Gemeinden hindeuten, in denen die Arbeiterschaft die politische Mehrheit besitzt, aber dem Lohnabbau des Personals gleichwohl nicht ausweichen kann. Allerdings wird hier gerne die kapitalistische Umwelt für die bezüglichen Massnahmen einer sozialistisch verwalteten Gemeinde verantwortlich gemacht, indessen übersieht eine solche Erklärung zu sehr eine Reihe von sozialen Momenten, als dass sie in ihrer Einseitigkeit zwingende Geltung haben könnte. Die öffentlichen Betriebe werden auf die Dauer dem Anspruche nicht entgehen können, dass sie der Allgemeinheit in möglichst hohem Masse nützen müssen. Da dieser gesunde Zweck allem andern voranstehen muss, kann heute dem Lohnabbau in Bund, Kantonen und Gemeinden gar nicht ausgewichen werden, es sei denn, dass die Demagogie mehr gilt, als der gerechte Anspruch, den das Volk an die öffentlichen Betriebe stellen darf.

Ganz besonders gewissenhaft müsste die Frage des Lohnabbaus in den Konsumvereinen von allgemeinen Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Es ist hier niemand, der nicht damit einverstanden wäre, dass die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Genossenschaftsbetrieben vorbildlich sind, aber selbst diese Tatsache hat nicht vermocht, solche Genossenschafter, die für einen mässigen Lohnabbau eintraten, vor dem Vorwurf zu bewahren, sie seien arbeiterfeindlich gesinnt. Eine Hetze widerlichster Art ist in Basel von den Kommunisten sogar gegen ihre nächsten Verwandten, die Sozialdemokraten, inszeniert worden. Auch an andern Plätzen zeigte sich das Bestreben, die Interessen des Genossenschaftspersonals vor diejenigen der Gesamtheit der Genossenschafter zu stellen. Weder im Genossenschaftspersonal noch bei seinen Beratern scheint man nach den Folgen zu fragen, die aus den übertriebenen Ansprüchen entstehen können. Wenn jemand den Ast, auf dem er sitzt, ohne jedes Bedenken absägen will, so ist die Vermutung berechtigt, er sei nicht imstande, die Tragweite seines Tuns zu erfassen. Es heisst die unerlässlichen Lebensbedingungen eines Konsumvereins verkennen, wenn das Personal in guten Zeiten mit einem Uebermass von Begehren auftritt und sie mit allen Mitteln durchdrücken will, aber noch schlimmer ist es, wenn in schwierigen Zeiten vom Personal nicht der mindeste Verzicht zugunsten der Genossenschaft geleistet werden will. Dann mangelt es an der Solidarität, also an derjenigen Eigenschaft, ohne die das Genossenschaftswesen nicht im wünschbaren Masse fruchtbar gemacht werden kann. Wir denken vom Genossenschaftspersonal höher als diejenigen, die es beständig aufstacheln, wenn wir ihm sagen, dass es den Lohnabbau aus eigenem Willen auf sich nehmen sollte, statt sich denselben durch die Genossenschaftsbehörden aufzwingen zu lassen. Durch ein freiwilliges Aufsichnehmen eines mässigen Opfers würde das Personal eines grösseren oder grossen Konsumvereins — kleine Vereine kommen bei diesen Fragen kaum in Betracht — beweisen, dass es Rücksicht nehmen will auf die grosse Zahl der in wesentlich schlechteren sozialen Verhältnissen stehenden Genossenschaftsmitglieder. Damit liesse sich in den breiten Volksschichten ein vermehrtes Vertrauen zur Genossenschaft gewinnen, was schliesslich dem Personal wiederum zugute käme.

Wenn der Lohnabbau in der Privatwirtschaft vielfach ohne Widerstand von den Betroffenen hingenommen werden musste; wenn in der Staats- und Kommunalwirtschaft auf einen Lohnabbau nicht mehr verzichtet werden kann; wenn schliesslich alles auf geringere Wertmasse zurückgeht und man dessen eigentlich froh sein darf, so sollte es in den Konsumvereinen nicht mehr unmöglich sein, zu Lösungen zu gelangen, die im Einverständnis mit dem Personal, das heisst auf schiedlich-friedliche Weise zustande kommen.

Die schweiz. Genossenschaftsbewegung in statistischer Beleuchtung.

Das Jahrzehnt 1903/12.

(Fortsetzung.)

Die Verteilung auf die Kantone.

Das Genossenschaftswesen hat nicht in allen Kantonen gleich schnell Eingang gefunden, es hat sich auch nicht in allen Kantonen mit derselben Geschwindigkeit entfaltet. Die geistige und wirtschaftliche Struktur der Schweiz weist sehr verschiedenartige Schichten auf, und so ist es denn leicht zu verstehen, dass in manchen Kantonen die Genossenschaftsbewegung äusserst rasch Boden gewann, in andern dagegen ihre Stellungen sozusagen Schritt für Schritt erkämpfen musste. In der Geschichte der schweizerischen Genossenschaftsbewegung sind es besonders die Kantone im Westen des Landes, die französische Schweiz und der Kanton Bern, die in der ersten Zeit vorangehen. Später treten aber auch andere Kantone mit ihnen in lebhaften Wettbewerb, und 1912 ist der Vorsprung, wenn auch noch nicht völlig aufgehoben, so doch bedeutend verringert.

Die grösste Zahl von Eintragungen weist im Zeitabschnitt 1903/12, wie schon von 1893/1902, der Kanton Bern auf. Mit 924 entfällt nahezu ein Fünftel allein auf den, allerdings ja auch ausnahmsweise grossen Kanton. An zweiter Stelle kommt der Kanton Zürich mit 691 oder etwa einem Sechstel aller Eintragungen. Den dritten Rang nimmt sodann mit 414 der Kanton St. Gallen ein, und erst an vierter Stelle kommt mit 394 die Waadt, die 1883/92 an erster und 1893/1902 noch an zweiter Stelle stand. Es folgen sodann Aargau (325), Solothurn (279), Genf (256), Luzern (222) usw. Bei den Streichungen steht an erster Stelle der Kanton Zürich mit 159, an zweiter mit 158 der Kanton Bern, an dritter mit 122 der Kanton Waadt. Keine Streichungen sind zu verzeichnen

in den Kantonen Glarus, Nidwalden und Uri. Ende 1912 ist die grösste Zahl von Genossenschaften vorhanden im Kanton Bern (1892). Die zweite Stelle behauptet auch jetzt noch die Waadt (1230). In bedeutend kleinerem Abstande schon als 1902 folgt aber an dritter Stelle der Kanton Zürich (1108), in etwas grösserem sodann der Kanton St. Gallen mit 627 an vierter Stelle, an fünfter der Kanton Aargau (526), an sechster der Kanton Genf (470) und an siebenter der Kanton Neuenburg (425). Absolut die kleinste Zahl von Genossenschaften verzeichnen die Kantone Appenzell I. Rh. (16), Nidwalden (17), Uri (19) und Obwalden (30).

Nun ist es klar, dass die Zahl der Genossenschaften, die in einem bestimmten Kanton vorhanden sind, von der Grösse und Bevölkerungsdichte des Kantons nicht unabhängig sein kann. Wenn wir deshalb den Grad der Stärke, den die Genossenschaft in jedem einzelnen Kanton erreicht hat, bemessen wollen, so genügt es nicht, dass wir nur die Zahlen an sich betrachten, wir müssen sie vielmehr mit einer oder mehreren andern Zahlen, die den Grössenunterschied der einzelnen Kantone zum Ausdruck bringen, in Beziehung setzen. Als solche Zahlen können uns dienen die Einwohnerzahl und die Zahl der Gemeinden. Es ist notwendig, dass wir beide Zahlen benützen, da weder die eine noch die andere allein ein richtiges Bild ergibt. Denn währenddem in Kantonen mit besonders volksreichen Gemeinden im allgemeinen auf eine einzelne Gemeinde mehr Genossenschaften entfallen werden, als in einem Kanton mit verhältnismässig schwach bevölkerten Gemeinden, ohne dass man ohne weiteres deshalb behaupten könnte, die Genossenschaftsbewegung sei in diesem Kanton besonders stark entwickelt (siehe Kanton Baselstadt), wird anderseits ein Kanton mit einer verhältnismässig grossen Zahl kleiner Gemeinden wiederum auf die Bevölkerung berechnet eher eine grössere Zahl von Genossenschaften aufweisen als ein Kanton mit einer kleinen Zahl grosser Gemeinden, weil für viele Genossenschaften die Beschränkung auf eine Gemeinde das Gegebene, wenn nicht geradezu Notwendige ist (siehe Kanton Freiburg).

Nehmen wir als Grundlage für unsere Bemessung der Stärke der Genossenschaftsbewegung in den einzelnen Kantonen die Zahl der Genossenschaften und wesensverwandten Organisationen, die auf eine einzelne Gemeinde entfallen, so steht weitaus an erster Stelle der Kanton Baselstadt (26,67). Diese Vorzugsstellung, die der Kanton Baselstadt bei dieser Art der Gegenüberstellung geniesst, erklärt sich leicht, wenn wir bedenken, dass der Kanton an Zahl der Gemeinden unter den Schweizer Kantonen an letzter Stelle steht, an Bevölkerungszahl dagegen unter 25 Kantonen den zehnten Rang einnimmt. Den zweiten Rang bekleidet Genf (8,17), den dritten St. Gallen (6,74), den vierten Zürich (5,93), den fünften die Waadt (5,18). Die bei der andern Aufstellung ausser der Waadt noch führenden Kantone Freiburg, Solothurn und Bern nehmen mit 1,66 bezw. 3,00 bezw. 3,75 erst den 17. bezw. 13. bezw. 9. Rang ein. Ein wesentlich anderes Bild ergibt sich demgemäss, wenn wir nicht die Zahl der Gemeinden, sondern die Einwohnerzahl als Grundlage des Vergleichs benützen. Hier steht an erster Stelle die Waadt (1 Vereinigung auf 264 Einwohner), an zweiter Freiburg (301), an dritter Solothurn (302), an vierter Bern (346). Genf, Zürich und St. Gallen, die bei der andern Aufstellung die Spitze bilden, nehmen hier erst den 8. bezw. 9. bezw. 12. Rang und Baselstadt, das dort an erster Stelle steht, nimmt hier gar den letzten Rang ein. Es lässt sich also nicht unzweifelhaft feststellen, in welchem Kanton die Genossenschaftsbewegung am besten entwickelt ist, dagegen kann doch so viel gesagt werden, dass eine besonders starke Entfaltung der Genossenschaftsbewegung in den Kantonen Waadt, Genf, Freiburg, Bern, Solothurn und St. Gallen festzustellen ist. Bis zu einem gewissen Grade ist also doch eine Uebereinstimmung zwischen absoluter und relativer Stärke der Bewegung in den einzelnen Kantonen zu beobachten; denn die sechs angeführten Kantone mit einer relativ starken Genossenschaftsbewegung weisen auch absolut eine grosse Zahl von Genossenschaften auf.

Wir haben schon darauf hingewiesen, dass die Genossenschaftsbewegung in ihren Anfängen die stärkste Entfaltung in der Westschweiz erlangt hat, und dass sich die Spuren dieses verhältnismässig rascheren Aufblühens bis heute noch nicht ganz verwischt haben. Betrachten wir also nun nicht mehr, welchen Stand die Genossenschaftsbewegung heute in den einzelnen Kantonen aufzuweisen hat, sondern fassen wir die Kantone nach ihrer geographischen Lage zu Gruppen zusammen und sehen, was sich auf diese Weise ergibt, so können wir für diese Behauptung unmittelbar den Beweis erbringen. Wir teilen zu diesem Zwecke die Kantone in fünf Gruppen, rein französische, französisch - deutsch - gemischte, rein deutsche, deutsch - romanisch - italienisch - gemischte und rein italienische, ein. Wir fanden bei einer derartigen Gegenüberstellung der einzelnen Teile der Schweiz für die Jahre 1892 und 1902 eine Verstärkung von den rein italienischen zu den rein französischen und umgekehrt eine Abschwächung von den französischen zu den italienischen Teilen der Schweiz hin. 1892 und 1902 zeigte die Reihe keinerlei Unterbrechung, gleichviel, ob wir als Grundlage die Gemeinden oder die Bevölkerungszahl benützten. Dagegen liess sich schon 1902 eine gewisse Verengerung der Reihe gegenüber dem Jahre 1892 feststellen. 1912 nun zeigt sich eine weitere Verstärkung dieser gegenseitigen Annäherungsbewegung. Eine grössere Intensität der Bewegung zeigt sich zwar in allen Landesteilen, in denen die Bewegung bisher verhältnismässig schwächer war. Infolgedessen ist der Unterschied zwischen den Landesteilen, in denen die Bewegung ursprünglich weitaus am stärksten war, und den Landesteilen mit ursprünglich schwächerer Entwicklung bedeutend geringer, ja die Verschiebung ist sogar so weit gekommen, dass sich in der einen Reihe nicht mehr ein ebenmässiger Abstieg ergibt, sondern vielmehr ein Unterbruch eintritt. Nichtdestoweniger ist auch die Abstufung am Ende des Jahres 1912 noch so, dass die stärkste Entwicklung die rein französischen Kantone aufweisen, dass ihnen folgen die französisch-deutsch-gemischten, dass in der Mitte stehen die rein deutschen Kantone, und dass die Bewegung am wenigsten Fuss gefasst hat in dem deutsch - romanisch - italienisch - gemischten Kanton Graubünden, vor allem aber dem rein italienischen Kanton Tessin.

Fortsetzung folgt.

Und wieder der Rabatt — ein Urteil!

Einem Bericht des Bäckermeistervereins von Basel, publiziert in der «Schweiz. Bäcker- und Konditoren-Zeitung» vom 22. Dezember 1922, entnehmen wir die folgenden Stellen:

«Eine Zuschrift der «Liga» betreffend Rabattwesen führte zu einer längeren Diskussion. Eine merkwürdige Auffassung und Zumutung ist es, dass gerade dem Bäckermeister, dem der

Brotpreis vorgeschrieben ist, durch Abgabe von Rabatt der Verdienst geschmälert werden soll, währenddem von keinem andern Gewerbetreibenden, der seine Rechnung nach freiem Ermessen stellen kann, Rückvergütungen verlangt werden, oder wo es vorkommt, sind die Prozente schon auf die Rechnung oder den Preis geschlagen. Es ist ja anzunehmen, dass bei einer Rabattabgabe der Umsatz und die Einnahmen sich scheinbar steigern würden, ob aber die Mehrarbeit bezahlt wird und ob der Gewinn sich damit im Einklang befindet, ist sehr zu bezweifeln. Während dem Kriege ist es dem Bäckermeister ohne wesentliche Geschäftsstörung gelungen, *sich von diesem Krebsübel frei zu machen* und keiner wird sich heute wieder danach sehnen. Erinnern wir nur an die verschiedenen Brotpreise; diejenigen, welche sich nicht entschliessen können, Rabattmarken zu verabfolgen, sind notgedrungen gezwungen, das Brot billiger zu verkaufen. Wer trägt den Schaden?... Durch Herstellen von gutem, schmackhaftem Gross- und Kleingebäck hat es aber der Privatbäcker in der Hand, nicht nur seine Kundschaft zu erhalten, sondern auch neue zu erwerben. Also besinnt Euch, Kollegen; der Wahn ist kurz, die Reue aber lang.»

«Krebsübel» ist gut. Wir empfehlen dem Schweiz. Rabattverband, dieses schöne Wort in sein Fachwörterbuch aufzunehmen.



Die Stabilisierung der Preise durch die Konsumvereine.

Unter dem Titel: «Ist die Preissteigerung ein Uebel?» publizierten wir einen Ausschnitt aus einem vielbeachteten Vortrag von Professor Charles Gide, Paris, den wir mit den Worten schliessen liessen: Was somit vor allem wichtig ist, ist die Stabilisierung der Preise.

Aus diesem Satz wurde geschlossen, Gide sei ein Anhänger der sogenannten «festen Währung», die vom Freigeld-Bund propagiert wird.

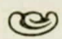
Um keinen irrigen Auffassungen nach dieser Richtung hin Nahrung zu geben, publizieren wir im Nachfolgenden eine Stelle Gides aus seinem Vortrag, die dartut, was der Gelehrte unter Stabilisierung der Preise verstanden wissen will:

«Und dennoch glaube ich, dass die Konsumgenossenschaften, wenn sie selbst das eherne Gesetz von Angebot und Nachfrage in ihrer Wirkung auf die Preisbildung nicht aufheben können, sie doch bis zu einem gewissen Grade das regellose und grausame Spiel dieses Gesetzes einzudämmen vermögen, und zwar dadurch, dass sie eine gewisse Stabilisierung der Preise herbeiführen. Nun kann den Konsumenten nicht so sehr daran liegen, dass der Preis hoch oder niedrig sei, sondern dass das Preisniveau so wenig wie möglich auf und ab schwanke. Wohlan, es scheint mir, dass die Konsumvereine nach Massgabe ihrer Ausbreitung in dieser Hinsicht einen heilsamen Einfluss ausüben könnten, und zwar in dieser Weise:

Erstens vermöchten sie die Produktion zu regeln, indem sie die Ueberproduktion, welche die Ursache der Wirtschaftskrisen ist und ihrerseits durch die Jagd nach Gewinn erzeugt wird, zu regeln vermöchten. In einer Gesellschaftsordnung, aus welcher die Gewinnjägerei verschwunden sein würde, wären die Genossenschaften imstande, die Produktion auf eine andere Grundlage zu stellen und damit das Angebot so zu gestalten, dass es sich einzig, wenigstens so weit, als es sich um die wichtigsten Konsumartikel handelt, die uns hier allein interessieren, den wichtigsten Bedürfnissen anpasste.

Zweitens könnten sie durch erzieherische Einwirkung auf die Konsumenten die Nachfrage regeln und in gewissem Sinne vereinheitlichen. Sie hätten die Konsumenten darüber aufzuklären, dass sie gewisse Pflichten zu erfüllen haben; dass sie sich nicht blindlings auf eine Ware stürzen dürfen, wie wir das während dieser letzten Jahre so oft bei Preiserhöhungen beobachteten, sondern dass sie im Gegenteil ihre Nachfrage herabzumässigen oder eventuell ganz einzustellen haben, sobald sie sehen, dass jene Nachfrage die Preise ungünstig zu beeinflussen droht.

Wenn die Konsumenten in dieser Weise erzogen wären, wenn sie sich an Hand wöchentlicher statistischer Aufstellungen über die Preise informierten, was sie bis jetzt trotz unserer wiederholten Vorstellungen zu tun versäumten, und wenn ferner ihre Aufmerksamkeit auf die Wichtigkeit dieser oder jener Fragen der Warenvermittlung hingelenkt würde, indem man ihnen sagte: Nach dieser Seite hin, auf diesen oder jenen Artikel müsst ihr eure Nachfragen verlegen — ich glaube, dass dann die Nachfrage selbst in einem gewissen Grade stabilisiert werden könnte.



Zur Erhöhung der Abonnementspreise der genossenschaftlichen Pressorgane.

In den letzten Nummern des Jahres 1922 der verschiedenen Genossenschaftsblätter wurde von den Verbandsbehörden offizielle Mitteilung gemacht über die Erhöhung der Abonnementspreise für die vom Verbande herausgegebenen Zeitungen.

Nicht erst diese Bekanntmachungen haben die mehr oder weniger öffentliche Kritik an der Beschlussfassung des Aufsichtsrates und der Verwaltungskommission hervorgerufen. Bereits die im Herbst abgehaltenen Kreisversammlungen beschäftigten sich mit den diesbezüglichen Anträgen der Verwaltungskommission, die nachher vom Aufsichtsrate zu Beschluss erhoben wurden. Durchgehen wir die verschiedenen Berichte der Herbstkreisversammlungen, so begegnen wir hier und dort Andeutungen über Aeusserungen, aus denen geschlossen werden kann, dass sich die Vertreter der Vereine in den verschiedenen Landesgegenden nur ungern entschliessen konnten, die «ihnen verordnete Pille» zu schlucken.

Vorliegendes Organ, der «Schweiz. Konsumverein», unterrichtet uns in seiner Nummer vom 9. Dezember 1922, wie an der Versammlung des Kreises I in St. Maurice Mittel und Wege erörtert wurden, um den am 1. Januar 1922 in Kraft getretenen Tarif weiterhin aufrecht erhalten zu können. Die Verkleinerung des Formates namentlich des «Gen. Volksblattes» und der «Coopération» waren eines der angeregten Mittel, das die Beibehaltung des alten Preises ermöglichen sollte. Wenn wir ferner in Nummer 46 desselben Organs weiterlesen, dass an der Herbstkonferenz des II. Kreises in Tavannes, es Herr Maire nicht leicht gemacht wurde, auf alle Kritiken zu antworten und die gerügten Massnahmen zu rechtfertigen, so wird man ohne Zweifel sich von der Art und Weise, wie die Abonnementserhöhungen in weitern Kreisen aufgenommen wurden, ein Bild machen können. Aber nicht nur in der französischen Schweiz, der zwar Schreiber dies näher steht, als der deutschen, sondern auch hier hat die Abonnementserhöhung ziemlich viel «Staub aufgeworfen». Nach den Berichten über die Versammlungen des Kreis V und anderer Kreise, fand die Opposition auch in der Zentral- und Ostschweiz ihre Anhänger.

Das Interesse, das man dem Beschlusse der Verbandsbehörden auf Erhöhung der Abonnemente entgegenbrachte, war vollauf berechtigt. Die Verbands-

presse nimmt heute ohne Zweifel die erste Stellung ein im Propagandawesen unserer Bewegung. Ihre erzieherische Wirkung auf den Genossenschafter ist unbestreitbar. Heissen sie nun «Genossenschaftl. Volksblatt», «La Coopération» oder «La Cooperazione», sie alle, jedes an seinem Platze, stellen die Verbindung her unter den Genossenschaftern und ihren Organisationen. Durch Vermittlung dieser Organe werden die Mitglieder vom Gange der Geschäfte ihres Vereins auf dem Laufenden gehalten. Selbstverständlich sind dies nicht die einzigen Mittel einer Verwaltung oder eines Vereinsvorstandes, mit den Mitgliedern beständig im Kontakt zu bleiben, wohl aber die wirksamsten.

Da die Mehrzahl der Vereine auf die Wochenausgabe des «Genossenschaftlichen Volksblattes» oder der «Coopération» abonniert sind, war natürlich die Rückkehr zur 14tägigen Ausgabe am gegebensten, um eine Erhöhung des Unkostenkontos zu vermeiden. Darüber war sich die Verwaltungskommission im Klaren, wenn sie in ihrer Sitzung vom 7. November die Ansicht äusserte, dass es für die Vereine, die wirklich nicht in der Lage sind, die Abonnementspreiserhöhungen zu übernehmen oder teilweise auf die Mitglieder abzuwälzen, besser wäre, zur 14tägigen Ausgabe zurückzukehren, als ein verkleinertes Format, das nicht mehr Anspruch auf eine richtige Zeitung erheben könnte, ins Auge zu fassen.

In welchem Masse der Verzicht auf die achttägige Ausgabe zugunsten der 14tägigen erfolgte, ist dem Schreibenden nicht genügend bekannt, um sich darüber ein abschliessendes Urteil bilden zu können. Wie jedoch aus verschiedenen Lokalausgaben hervorgeht, haben sich einige Vereine gezwungen gesehen, die Zeitung nach Neujahr wiederum nur in der 14tägigen Ausgabe an die Mitglieder abgeben zu lassen. Ein grosser Verein soll das Abonnement sogar vollständig gekündigt haben. Hier wie dort, sollen eigene Blätter oder von Zeit zu Zeit wiederkehrende Reklamen in den Zeitungen der betr. Orte und Gegenden die vierte Seite des «Genossenschaftlichen Volksblattes» ersetzen. Inwieweit sich dadurch Ersparnisse erzielen lassen, bleibe dahingestellt.

Die Verbandsorgane haben nicht ermangelt, die Wirkungen der Abonnementserhöhungen dadurch abzuschwächen, dass sie solche mit Vorschlägen verschiedener Art begleiteten, die dartun sollten, wie die Leistungen der Vereine gemildert werden könnten.

Der wichtigste der Vorschläge, auf den wir hier allein eintreten wollen, ging dahin, die Mitglieder mit einem bescheidenen Betrage zu belasten; er wurde früher schon gemacht, ohne dass ihm jedoch ein nennenswerter Erfolg beschieden gewesen wäre. Von der irrigen Ansicht ausgehend, ein derartiges Verlangen würde von den Mitgliedern ohne weiteres zurückgewiesen, wurde mancherorts einfach zur 14tägigen Ausgabe zurückgekehrt. Es ist dem Vorstande des zweiten Kreises hoch anzurechnen, wenn er in seinem Zirkular vom 9. Dezember in richtiger Kenntnis der Lage den Vereinen unter anderm empfiehlt, nicht ohne weiteres auf die achttägige Ausgabe zu verzichten, sondern eher einen bescheidenen Beitrag der Mitglieder zu verlangen. Diese Genossenschafter waren richtig inspiriert, wenn sie versicherten, dass die Mitglieder der meisten Vereine, vorausgesetzt, dass sie noch eine Rückvergütung auszahlen können, sich den Betrag hiervon in Abzug bringen lassen.

Ihr Korrespondent kann ein Beispiel anführen, aus dem hervorgeht, wie sich die Mitglieder eines Vereins, die in dieser Sache befragt wurden, zur Angelegenheit äusserten.

Nachdem auf der vierten Seite der «Coopération» die Folgen der neuen Abonnementserhöhungen den Mitgliedern vor Augen geführt waren und sich somit jeder Genossenschafter darüber klar werden konnte, in welchem Masse der Verein von der Mehrbelastung betroffen wurde, unterbreitete ihm der Vorstand ohne jegliche Antragstellung die folgenden Fragen:

1. Anerkennen Sie die Wichtigkeit der Zeitung für unsere Bewegung?

2. Wären Sie bereit, Fr. 1.— an das Abonnement beizutragen, welcher Betrag von der Rückvergütung abgezogen würde? Der Beitrag des Vereins wäre Fr. 2.—.

3. Ziehen Sie vor: a) die Rückkehr zur 14 tägigen Ausgabe? b) die vollständige Kündigung der Zeitung?

4. Haben Sie andere Wünsche in bezug auf die Zeitung? Wenn ja, welche?

Was die Zahl der eingegangenen Antworten betrifft, so hätten dieselben natürlich etwas zahlreicher sein dürfen. Immerhin haben doppelt oder fast dreifach so viele Mitglieder, als jeweils an der Generalversammlung anwesend sind, auf die Fragen des Vorstandes schriftlich geantwortet. Auf den 100 ausgefüllten Fragebogen beantworten 90 Mitglieder die Fragen 1 und 2 mit Ja, die andern Fragen mit Nein. Das Resultat ist interessant; dies schon deswegen, weil der Verein vor dem Jahresabschluss steht und über die Höhe der auszurichtenden Rückvergütung noch keine Vorschläge unterbreiten kann. Auch wurde, wie vielerorts im Verlaufe der Jahre, die Rückvergütung von 9 auf 6% reduziert, so dass also auch hier die Mitglieder nicht mehr verwöhnt sind. Was natürlich den Wert der eingegangenen Antworten erhöht, ist der Umstand, dass verschiedene Personen, deren Ausbildung und Stellung sie zu einem massgebenden Urteil über die Zeitung befähigen, ohne Ausnahme zustimmend geantwortet haben. Während mehrere Genossenschafter bei dieser Gelegenheit ihrer Befriedigung Ausdruck gaben, wurde von einer Seite sogar die Bezahlung des doppelten Betrages offeriert. Nur einige wenige würden die Rückkehr zur 14tägigen Ausgabe vorziehen. Ein einziger, dem jedenfalls an der Entwicklung unserer Bewegung nicht viel gelegen ist, hat die Frage 3 b mit Ja beantwortet und würde somit auf die Zustellung der Zeitung überhaupt verzichten. Mit der stattlichen Anzahl Mitglieder, die mündlich ihre Zustimmung zu einem eventuellen diesbezüglichen Beschlusse des Vereins gaben, ist es somit möglich, sich von der Ansicht der Mitglieder ein Bild zu machen und Dank der Bereitwilligkeit der Genossenschafter kann der Verein auch fernerhin an der achttägigen Ausgabe festhalten.

Hier, wie übrigens auch schon anderwärts, ist somit der Beweis erbracht, dass man oft mehr auf das Verständnis der Genossenschafter zählen kann, als bisweilen angenommen wird.

Es wäre deshalb sehr zu begrüssen, wenn sich die Zahl der obligatorischen Abonnemente auf die halbmonatliche Ausgabe zugunsten der Wochenausgabe wieder reduzieren würde. Nicht umsonst wird in den Kreisen des Privathandels die genossenschaftliche Presse als Hauptwaffe im Kampfe gegen unsere Feinde bei jeder Gelegenheit angegriffen. Ein Organ, das den Mitgliedern regelmässig zugeht und dessen Redaktion nach Kräften an dessen Ausbau arbeitet, wird und muss unserer Sache mehr dienen, als zersplitterte Reklame in Zeitungen, die dem Privathandel häufiger wohlwollender gegenüberstehen, als unserer Bewegung. -a-



Volkswirtschaft

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Der grosse Schlag, auf den sich die europäische Politik so lange gefasst zu machen hatte, ist endlich gefallen. Die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen ist zur Tatsache geworden. Die politischen Gründe sind schon in alle Welt hinausposaunt, die wirtschaftlichen hat man bisher im Hintergrund gehalten. Frankreich besitzt bekanntlich in dem Becken von Briey und Deutsch-Lothringen und in der Normandie die mächtigsten Eisenerzlager Europas. Diese Erzlager sind bisher lange nicht in dem Masse ausgenützt, wie es möglich wäre. Nur in dem vormalig deutschen Teile Lothringens hatte die deutsche Industrie eine Anzahl aufs modernste eingerichteter Werke zur Eisen- und Stahlgewinnung erstellt, die mit Friedensschluss in französischen Besitz übergingen. Um den Betrieb dieser Werke aufrecht zu erhalten und die Ausbeutung der Eisenerzlager weiter auszudehnen, verfügt Frankreich nicht über genügende Kohlenmengen, vor allem nicht über die am besten geeigneten Kohlensorten. Diese mussten ihm die Ruhrkohlenlager liefern.

Doch trotz aller Bestimmungen des Friedensvertrages war Frankreich nicht in der Lage, auf dem Wege des Zwanges die genügende Lieferung der von der französischen Eisenindustrie gewünschten Kohlensorten zu erreichen. Teilweise hängt dies damit zusammen, dass der Ruhrbezirk selber eine gewaltige Eisenindustrie besitzt, die dieselben Kohlen- und Kokssorten nötig hat, wie die Eisenindustrie Lothringens. Dass die einheimische Eisenindustrie bei der Verteilung der Kohlen im Ruhrbezirk bevorzugt wurde, versteht sich von selbst, zumal Kohlengruben und Eisenwerke häufig in demselben Besitz vereinigt sind. Die lothringischen Erzgruben sind ferner zum Teil für den Absatz ihrer Erze auf die rheinisch-westfälische Eisenindustrie angewiesen, die es aber vorzog, andere ausländische Erze aus Spanien, Schweden, Kanada, zu verarbeiten.

Nun hat Frankreich die Hand auf das Ruhrgebiet gelegt mit der Nebenabsicht, den Austausch von Kohle und Erz zwischen Lothringen und dem Ruhrgebiet im Interesse seiner Industrie zu regeln. Ob der passive Widerstand der deutschen Regierung und des deutschen Kohlenbergbaus diese Hoffnung zu nichte machen kann, bleibt abzuwarten. Durch die Brille der Politik gesehen, ruht freilich die französische Absicht auf einer ebenso brüchigen Grundlage wie zu Anfang des Krieges die Spekulation der deutschen Industriemagnaten auf die Eroberung des erzreichen Gebietes von Französisch-Lothringen.

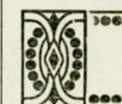
England hat seine jahrhunderte alte Herrschaft über Irland aufgeben müssen, wird Frankreich gegen den Widerspruch der ganzen Welt im Ruhrgebiet und auch nur im deutschen Rheinland bleiben können? Die Besetzungen sollen zwar aufhören, wenn Deutschland die Reparationsleistungen erfüllt, aber es zweifelt niemand mehr, dass diese Leistungen unerfüllbar sind und die Hartnäckigkeit, womit sich die französische Politik auch in bedeutungslosen Prestigefragen jedem Entgegenkommen an Deutschland widersetzt, weissagt nichts Gutes für die deutsch-französischen Beziehungen. Qui trop embrasse mal étreint (wer zuviel umfasst, hält schlecht fest), ist ein französisches Sprichwort, das man heute gerade in Frankreich am wenigsten beherzigt.

Die Entwicklung der Wechselkurse seit der Ruhrbesetzung lehrt, dass das französische Vorgehen auch der gutwilligsten deutschen Regierung die Erfüllung der Reparationsleistungen unmöglich machen muss, denn die Mark ist seither wieder um dreissig Prozent im Werte gesunken, womit sich wieder eine neue Woge des Mangels und der Entbehrung über das ausgemergelte Deutschland wälzen muss.

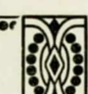
Auch der Franken Belgiens und Frankreichs haben von der Ruhrbesetzung, die die Löcher in dem Budgets dieser Länder stopfen soll, bisher nur Schaden gehabt und dieser Schaden hat sich auch auf die italienische Währung fortgepflanzt. Mussolini versprach den italienischen Bauern, die Lire innert drei Monaten auf 50 Centimes des Schweizerfrankens zu heben. Es wird ihm heute sehr schwer sein, sein Versprechen zu halten, wenn er keine Wunder tun kann und vielleicht ist dies der Grund, warum die italienische Politik sich anscheinend so emsig um den Ausgleich unter den Alliierten und die Herstellung einer kontinentalen Solidarität bemüht.

Auch die Schwäche der tschechischen Krone hängt sicherlich mehr mit dem Verfall der Mark zusammen, als man in Prag wahr haben will, wo man die Schuld nach berühmten Mustern auf die böse Spekulation schiebt. Dass auch Polen wirtschaftlich und finanziell von seinem grössten Nachbarn abhängig bleibt, lehrt der Rückgang der Polenmark.

So hat die Ruhrbesetzung ein finanzielles Erdbeben in Mitteleuropa hervorgerufen, das Frankreich selber und seinen nächsten Freunden viele Hunderte von Millionen bereits gekostet hat, bevor sie einen Centimes eingetragen hat. Denn jedes Sinken der Währung erhöht automatisch die Staatsdefizite, erhöht die Auslagen der Industrie für ausländische Rohstoffe, die Auslagen des Volkes für ausländische Bedarfsartikel, während es die Konsumkraft im eigenen Lande drosselt. Poincaré will freilich die Finanzmänner nicht als Autoritäten für seine Politik anerkennen. Das Steigen des englischen Pfundes und das Sinken des französischen Frankens zeigt aber, dass man mitunter besser tut, auf den Rat erfahrener Volkswirtschafter zu hören als die Weisheit von chauvinistischen Generälen und Journalisten zur Richtschnur zu nehmen.



Aus der Praxis



Ein Widerspruch. Schon oft habe ich im Sinne gehabt, einen gegen das Genossenschaftswesen stark verstossenden Widerspruch im «Konsumverein» zum Ausdruck zu bringen. No. 3 des «Schweiz. Konsum-Verein» veranlasst mich, das Vorhaben endlich einmal auszuführen. In der genannten Nummer wird auf die bedeutenden Vorteile der Co-op-Artikel neuerdings aufmerksam gemacht, und mit Recht! Unsere Co-op-Markenartikel sind bisher in jeder Beziehung einwandfrei und durchaus preiswürdig — vielleicht sogar im Vergleiche mit andern Qualitätsartikeln billig.

Nun wird mein genossenschaftliches Fühlen jedesmal verletzt, wenn in den Schaufenstern der Konsumläden irgend einer Fabrikations- oder Handelsfirma gestattet wird, für ihre Artikel spezielle Reklame zu machen. Ich erinnere mich an die teils hübsche, teils pompöse Reklame verschiedener Schokoladefabriken. Neuestens prangt in einem Schaufenster eines Konsumladens das Negerköchlein der

«Sais»-Palminfabrik. Ich verstehe so etwas einfach nicht. Das ganze Jahr predigt man den Genossenschaftern: Kauft Co-op! Bevorzugt Co-op! Der gute Genossenschafter wählt nur Co-op! etc. Ja, warum schlagen denn manche Sachwalter so offensichtlich ins Gesicht des genossenschaftlichen Einheitsgedankens, indem sie in der Praxis das machen, was sie andern nicht empfehlen? Vor zirka einem Jahr hiess es: Boykottiert die Schokolade der Firma X., weil sie ihre Angestellten nicht zufriedenstellend behandelt. Ein paar Monate später sehen die genannten Genossenschafter eine glänzende Reklame für dieselben Geschäfte in den Schaufenstern ihrer eigenen Lokale. Das mutet mich etwas widerlich an und ich kann mich bitterer Gedanken gegenüber denjenigen, die es auf dem Gewissen haben, nicht enthalten. Ich schätze die Arbeit und die Lasten der Herren Verwalter hoch und gönne ihnen auch recht gerne einen hohen Lohn. Auch weiss ich, dass ihre Nerven oft allzu grossen Ansprüchen ausgesetzt sind und dass sie oft mit Grund sagen können: Undank ist der Menschen Lohn. Aber derartige Manipulationen sind einfach unklug, auch dann, wenn im privaten und politischen Leben der Grundsatz gelten sollte: Das ist gut, was mir Nutzen bringt.

Ich möchte alle Genossenschaftsvorstände dringend bitten, darüber zu wachen, dass aus unserem sonst schon genug leidenden Genossenschaftswesen derartige Schönheitsfehler ausgemerzt werden. Ich glaube sogar, der V. S. K. hätte Interesse und genossenschaftliches Recht genug, derartige Auswüchse zu überwachen und gebührend zu rügen.




Bewegung des Auslandes

Deutschland.

Vermehrung der Geschäftsanteile, die Lebensfrage der Genossenschaften. Die «Konsumg. Rundschau» mahnt fortgesetzt zur Beschaffung vermehrter Betriebsmittel. In der ersten diesjährigen Nummer wird besonders eindringlich gesagt:

«Mit allem Nachdruck muss dahin gestrebt werden, dass der «langsame Selbstmord» aufhört; denn nichts anderes bedeuted das Fortwursteln mit ungenügenden Betriebsmitteln. Diese müssen und können der Entwicklung des Geldes angepasst werden, und das muss — da höchste Gefahr nach wie vor droht — in kürzester Frist geschehen. Der kleinste Verein braucht an voll einbezahlten Geschäftsanteilen — neben seinen sonstigen Hilfsmitteln — beim heutigen Valutastand mindestens 10,000 Mark pro Mitglied, wenn er die notwendigsten Bedürfnisse befriedigen will; dieser Betrag ist die Grenze nach unten. Dann entspricht immer noch nicht der Geschäftsanteil dem Friedensbetrage, der annähernd den Wochenlohn eines Arbeiters (30 Mark) ausmachte.

Wir wiederholen unsere Warnung: Wunder geschehen nicht! Heinzelmännchen, die den Trägen die Aufgabe lösen, gibt es nicht. Selbst ist der Mann! Wer sich auf andere verlässt, ist verlassen! Wer zu betteln anfängt, wird zum Bettler! Genossenschaft ist Selbsthilfe, Selbstverwaltung, Selbstverantwortlichkeit. Nie lag ernstere Veranlassung als heute vor, gerade hieran mit aller Zähigkeit festzuhalten, denn in den drei Eigenschaften liegt der wertvollste Kredit und die eigentliche Kreditwürdigkeit der Genossenschaften.»

Wie berechtigt die weitern Ausführungen dieses Mahnrufes sind, wissen die schweizerischen Genossenschafter, nachdem bei uns die Folgen der Preissenkung ihre Härte so spürbar werden liessen, dass viele Genossenschaften um ihre Existenz bangen mussten. Die «Konsumg. Rundschau» deutet richtig an, was kommen kann:

«Wir beschränken uns heute, so manches sonst noch zu sagen wäre, auf diese eine, die Lebensfrage der Genossenschaften. Alles, was nach dieser Richtung jemals gesagt worden ist, sei mit dem Wenigen, das hier steht, doppelt und dreifach unterstrichen, wiederholt. Findet es endlich gewissenhafte Beachtung, treten die erhofften Wirkungen ein, dann, aber nur dann, können auch die Genossenschaften sagen: «Wir halten es aus, komme was da komme!» Der unschätzbare Wert solchen Handelns wird sich erst zeigen, wenn es einmal «anders herum» gehen wird. In der viel schwereren, viel gefährlicheren Zeit der Markhebung und Preissenkung, die ganz anders an den Grundlagen der Bewegung rütteln wird, werden wir erst erkennen, wer in der Werte vorgaukelnden, in Wahrheit Werte vernichtenden Zeit des Valutaelendes den Blick für den Unterschied von Spreu und Weizen behielt, wer es verstand, aus der Menge des Wertlosen so viel Stabiles zu retten, dass es auch in Zeiten der Ernüchterung, die den Schwindelzeiten folgen, Wert und Geltung bedeutet. Das ist der Geist, der auch unter dem Joch aufrecht erhält und den Weg zur besseren Zukunft sichert, die der Genossenschaft gehören soll.»

Polen.

Der neue Präsident der polnischen Republik ein Genossenschafter. Unsere Genossenschaftsfreunde in Polen haben die Genugtuung, dass einer der Ihren, nämlich Dr. Stanislaw Wojciechowski, zum Präsidenten der polnischen Republik gewählt wurde. Der Genannte ist einer der Gründer des polnischen Genossenschaftsverbandes, an dessen Spitze er seit Jahren als Präsident amtete. Er ist ferner Präsident der Genossenschaftsgilde des Landes. Seine Wahl für den Präsidentenposten der Republik erfolgte am 20. Dezember letzten Jahres.

Herr Wojciechowski wurde 1869 in Kalisz, Westpolen, geboren, wo er auch seinen ersten Unterricht genoss, um 1888 die Warschauer Universität zu beziehen. Im Mai 1891 wurde er anlässlich einer grossen nationalen Demonstration in Warschau von den russischen Behörden verhaftet. Nach seiner Freilassung wanderte er nach Paris aus, wo er seinen Unterhalt durch Arbeit in einer Setzerei verdiente. Hier schloss er sich der ausländischen Sektion der polnischen sozialistischen Partei an. Im Jahre 1893 setzte es die russische Gesandtschaft in Paris durch, dass er mit dem bekannten, inzwischen verstorbenen polnischen Genossenschafter Edw. Abramowski zusammen aus Frankreich ausgewiesen wurde. Er begab sich dann nach England, kam aber von dort bald heimlich nach Polen zurück, wo er mit Joseph Pilsudski, dem früheren Chef der polnischen Republik, sich als Leiter der illegalen und von den russischen Behörden scharf verfolgten sozialistischen Partei hervortat, die damals die Wiederbefreiung Polens als eine ihrer Hauptaufgaben betrachtete. 1899 musste er infolge der russischen Umtriebe neuerdings das Land verlassen und begab sich nach England, wo er sieben Jahre verblieb und sich seinen Unterhalt auf die gleiche Weise wie in Paris, d. h. durch Arbeiten in einer Druckerei und als Ingenieur, verdiente.

Im Verlaufe dieser Zeit wurde er mit der britischen Genossenschaftsbewegung bekannt. Der praktische Anschauungsunterricht, den er hier genoss, in

Verbindung mit den theoretischen Unterweisungen seines für soziale Bestrebungen begeisterten Freundes, des oben genannten Edw. Abramowski, liessen ihn zu einem eifrigen Anhänger der Genossenschaftsbewegung werden. 1906, kurz nach der ersten russischen Revolution, kehrte er nach Polen zurück und wurde hier zu einem Pionier genossenschaftlicher Ideen. Im Verein mit mehreren Freunden gründete er die genossenschaftliche Gilde, deren Zweck darin bestand, genossenschaftliche Aufklärung zu verbreiten und genossenschaftliche Organisationen zu gründen. Es wurde ein Genossenschaftsblatt ins Leben gerufen, als dessen Herausgeber Wojciechowski zeichnete. 1911 endlich konnte nach vielen Schwierigkeiten auch die Gründung des Genossenschaftsverbandes erfolgen. Die Bezeichnung dieser Organisation als Landesverband wurde immerhin von der russischen Regierung nicht zugelassen und so musste zunächst der Name «Union der Warschauer Konsumvereine» als Deckname dienen.

Während des europäischen Krieges nahm Wojciechowski lebhaften Anteil an den politischen Fragen des Landes, immer sein Bestreben auf die Befreiung Polens aus den Fesseln der Abhängigkeit von andern Staaten lenkend. Als die Deutschen Warschau besetzten, ging er nach Russland, um an die Spitze der Opposition gegen die deutsche Okkupation zu treten. Ende 1918 kehrte er nach Polen zurück, um sich mit neuer Kraft dem Genossenschaftswesen und seinen Anforderungen zu widmen. Anfangs 1919 wurde er vom ersten polnischen Parlament zum Minister des Innern ernannt, welchen verantwortungsvollen Posten er unter den grössten Schwierigkeiten längere Zeit innehielt. Nach Demission des Ministeriums, 1920, wurde er Vorsitzender der Kommission für staatliche Sparmassnahmen. Im gleichen Jahre erfolgte auch seine Wahl zum Präsidenten des Aufsichtsrates des Verbandes polnischer Konsumvereine. Einige Zeit später übernahm er einen Posten als Dozent für Genossenschaftswesen an der höheren Handelsschule in Warschau, bis im Dezember dieses letzten Jahres seine Berufung auf den Präsidentschaftsposten der Republik erfolgte. Wojciechowski ist Verfasser dreier genossenschaftlicher Werke, von denen eines die Genossenschaftsbewegung in England behandelt. Seine Schriften haben einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung und Verbreitung unserer Sache in Polen ausgeübt.

Dänemark.

Die dänischen Genossenschaften 1921/22. In gewohnter Weise veröffentlicht das Organ der vereinigten dänischen Genossenschaften, «Andelsbladet», in seiner ersten Nummer die Ergebnisse der dänischen Genossenschaften im verflossenen Jahre. Danach erzielten die dänischen Genossenschaften, soweit sie sich nicht mit dem Geldverkehr befassen, im Jahre 1921/22 einen Umsatz von 1,248,100,000 Kr. Die, wohl ausschliesslich durch den Preisabbau bewirkte Verminderung gegenüber dem Vorjahre, beziffert sich auf 222,200,000 Kr. oder rund 15%. Am Umsatz von 1,248,100,000 Kr. nehmen teil die Grosseinkaufsgesellschaften der Konsumvereine mit 179,600,000 Kr., die landwirtschaftlichen Bezugsgenossenschaften mit 134,700,000 Kr., die landwirtschaftlichen Verwertungsgenossenschaften mit 926,600,000 Kr. und verschiedene andere Genossenschaften mit 7,200,000 Kr. Es geht daraus hervor, dass die dänische Genossenschaftsbewegung stark landwirtschaftliches Gepräge hat und dass unter den landwirtschaftlichen Genossenschaften wiederum die Verwertungsgenossenschaften die wichtigste Stelle einnehmen, und zwar sind es besonders Molkereigenossenschaften (Umsatz 535,000,000 Kr., davon 154,400,000 Kr. Export) und Genossenschaftsschlächtereien (Umsatz 364,000,000 Kronen, davon 34,000,000 Kr. Export). Es wäre zu wünschen, dass auch die schweizerischen Genossenschaften bald mit einer so umfassenden und regelmässigen Darstellung ihrer Entwicklung aufrücken könnten.




Aus unserer Bewegung

Biel. (Korr.) Unser Genossenschaftsrat hatte sich in letzter Zeit ebenfalls mit der unangenehmen Aufgabe des *Lohnabbaues* für die Angestellten der Konsumgenossenschaft Biel zu befassen. Der Verwaltungsrat stellte bereits in der Versammlung des Genossenschaftsrates vom 12. September 1922 den Antrag, es sei der im Jahre 1919 vereinbarte kollektive Arbeitsvertrag auf 31. Dezember 1922 zu künden und ein neuer Vertrag mit reduzierten Lohnansätzen abzuschliessen. Dieser Antrag wurde damit begründet, dass die Unkosten nicht mehr im richtigen Verhältnis zum Umsatz stünden und dass infolgedessen befürchtet werden müsse, die Genossenschaft könne nicht mehr zu konkurrenzfähigen Preisen ihre Waren absetzen. Der Preisabbau und die infolge der anhaltenden Arbeitslosigkeit geschwächte Kaufkraft der Mitglieder kommt in einem starken Umsatzrückgang zum Ausdruck, was immer zu pessimistischen Perspektiven Anlass gibt.

Der fast ausschliesslich aus Lohnarbeitern zusammengesetzte Genossenschaftsrat konnte sich aber nicht sofort mit dem Lohnabbau befreunden, so dass infolge Beschlussunfähigkeit auf den 18. September eine zweite Versammlung einberufen werden musste, welche wieder erst in einer zweiten, auf einen Wiedererwägungsantrag hin erfolgten geheimen Abstimmung die Kündigung mit kleiner Mehrheit beschloss.

In der Sitzung des Genossenschaftsrates vom 20. Dezember unterbreitete der Verwaltungsrat den neuen Entwurf zur Genehmigung. Derselbe sieht die Wiederherstellung der Lohnansätze vor, wie sie im Tarif vom Jahre 1919 vereinbart wurden, d. h. Wegfall der ausserordentlichen Zulage vom 1. Juli 1920. Diese Zulage betrug 13% für Löhne von Fr. 1900.— bis 2500.—, 11% für Löhne von Fr. 2501.— bis 3000.— und 10% für Löhne über Fr. 3000.—. Demgemäs beantragte der Verwaltungsrat, auf den gegenwärtigen Löhnen folgenden Abbau vorzunehmen: 11% bis Fr. 2500.—, 10% von Fr. 2501.— bis 3000.— und 9% für Löhne über Fr. 3000.—, was einem effektiven Abzug von Fr. 209.— bis 275.— in der untersten Kategorie, Fr. 250.— bis 300.— in der mittlern und Fr. 270.— bis 742.— in der obern Kategorie entspricht. Von diesen ziemlich starken Reduktionen kommt die periodische Aufbesserung von Fr. 100.— bis 150.— in Abzug. Der Lohnabbau bringt der Genossenschaft eine Ersparnis von Fr. 47 000.— im Jahr, was der Verwaltungsrat als unabänderliches Minimum bezeichnete.

Das Personal war nicht gleicher Ansicht und erklärte sich mit einem Abbau von 5% einverstanden. Aus der Mitte des Genossenschaftsrates wurde dann der Vermittlungsantrag auf 9% für alle Angestellten eingebracht und auch angenommen. Dieser Antrag war schon deshalb nicht gerecht, weil er nicht darauf Rücksicht nahm, dass bei den obern Kategorien der Aufbau bedeutend geringer war als unten. Der Verwaltungsrat erklärte hierauf nach kurzer Beratung, dass er die Verantwortung für die Weiterführung der Geschäfte nicht übernehmen könne und deshalb seine Demission einreichen werde. Dies bewirkte die Wiedererwägung des Beschlusses und die Annahme seiner Anträge.

In den andern Bestimmungen des Arbeitsvertrages traten nur unwesentliche Aenderungen ein. Aufgehoben wurde die seinerzeit eingeräumte Vergünstigung, wonach die Angestellten im Hauptbureau und Zentralmagazin (inkl. Verwägerinnen) nur 44½ Stunden per Woche arbeiteten. Die Arbeitszeit beträgt nun für alle Angestellten 48 Stunden per Woche und für diejenigen im Hauptbureau 47 Stunden.

Das Personal hat nachträglich seine Zustimmung zum neuen Vertrag gegeben. Derselbe ist aber nur für sechs Monate abgeschlossen und kann auf 1. Juli dieses Jahres wieder gekündigt werden. Dies wurde speziell mit Rücksicht auf die gegenwärtigen unsicheren Verhältnisse vereinbart.

Laufen. (G....r-Korr.) Die im Jahresbericht 1922 erwähnten Frauenkonferenzen wurden begonnen und bereits liegen zwei dieser Anlässe hinter uns. Am 6. Januar abends war die Mitgliedschaft unserer Filiale Kleinlützel, hauptsächlich die Frauen-

welt daselbst, zu einem Familienabend in den schönen «Engel»-Saal eingeladen, um durch ein vortreffliches Referat von Frau Paula Ryser Aufklärung über die genossenschaftliche Tätigkeit und Pflichten der Frau entgegenzunehmen und, dies als angenehme Beigabe, sich an Kaffee und feinem Gugelhopf zu laben.

An die 70 Personen hatten an den einladend gedeckten Tischen schon Platz genommen, als das Konsumauto die letzten Teilnehmer von Laufen brachte. Dem kurzen Eröffnungswort des Verwalters folgte ein flotter Marsch «Glückauf», von Konsümler-Musikfreunden extra zu diesem Anlass einstudiert. Nun schilderte die Referentin die Macht der Organisation, der Kooperation, die in jeder guten Form bemerkenswerte Erfolge zeitigt. Für die Frau, die ja nicht für Kampf und Streit bestimmt sein soll, ist sicher der Zusammenschluss ihrer Kräfte auf *einem* Gebiet am dankbarsten, auf dem Gebiet der Hauswirtschaft, als Konsumentin. Nicht Opfer an Gut und Blut werden da von ihr gefordert, auch keine solchen von Zeit und Bequemlichkeit, nein, bloss das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit denjenigen, die gleiche Konsumenteninteressen haben, sollte Platz greifen und sich in genossenschaftlicher Bedarfsdeckung auswirken. Die Referentin meinte etwas ironisch, vielleicht werde der Kleinlützler Konsumladen deshalb von seinen Mitgliedern zu wenig geschätzt, wiel er ihnen ohne eigene Opfer, ohne eigene Mitarbeit (doch immerhin auf deren Verlangen hin!) fix und fertig präsentiert worden sei, und wie auch das «Genossenschaftliche Volksblatt» von den meisten Mitgliedern infolge seiner Gratiszustellung zu wenig gewürdigt werde. Gedankentief und doch leicht fasslich, mit Ueberzeugung und Wärme sprach Frau Ryser zu den Hausfrauen Kleinlützels, die ihr auch den verdienten Beifall spendeten.

Nun kamen aber die Kaffee- und Milchkannen herangefahren und ganze Gugelhopfgebirge erhoben sich auf den Tischen, so dass für die nächste Viertelstunde auf eine Diskussion nicht zu rechnen war. Dafür konnte man sich bald wieder an musikalischen Genüssen laben. Auch nachher wollte sich niemand zum Wort melden.

So kam es, dass nach gehöriger Labung der Tafelrunde schon um 11 Uhr der Saal sich leerte und die «Regie» nach dem Räumen und Einpacken wieder das Auto zur Heimfahrt nach Laufen besteigen konnte.

Tags darauf war ein gleicher Anlass im Saal des Hotels Bahnhof in Zwingen, wo sich an die 90 Genossenschafterinnen versammelt hatten. Frau Ryser sprach auch hier, in gleicher Weise wie in Kleinlützel, die Frauen ermunternd, von ihrer Macht als organisierte Konsumenten richtig Gebrauch zu machen, ja auch nach Möglichkeit danach zu streben, dass durch Delegierung einer eifrigen Genossenschafterin dem Vereinsvorstand eine willkommene «weibliche Stütze» beigegeben werden möchte. Auch an die anwesenden Verkäuferinnen hatte die verehrte Referentin ein freies, aber wahres Wort zu richten; die wahre genossenschaftliche Verkäuferin müsse immer und vor allem bedenken, dass sie für die Kundschaft und nicht umgekehrt die Kundschaft für das Ladenpersonal da sei.

Weil ein rechtes Wort am rechten Ort oft fast Wunder wirkt, hofft die Behörde des Konsumvereins Laufen, mit den zwei geschilderten Anlässen neuen Zug und neues Leben, vermehrte Genossenschaftstreue und besseres Verstehen in die Mitgliedschaft gebracht zu haben.

Die Teilnehmer an diesen Frauenkonferenzen werden übrigens nachher wohl ruhig geschlafen haben, denn der servierte Kaffee war ein vorzüglicher koffeinfreier Kaffee Haag, von der Firma in Feldmeilen zu diesem Anlass zur Degustation kostenfrei geliefert. Vorab der geschätzten Referentin, Frau Ryser, sodann auch allen andern Mitarbeitern und Mithelferinnen an diesen Konferenzen seien ihre Dienste bestens verdankt.

Sprechsaal

Antwort.

Auf die Umfrage im Verbandsblatt No. 52 erlaube ich mir folgende Antworten:

1. Nein, sinkende Durchschnittspreise sind ein Nachteil für die Genossenschaften. Das ergibt sich aus den Jahresabrechnungen, die ohne die grossen Abschreibungen viel günstiger abgeschlossen werden könnten .

2. Ja, die Genossenschafter erleiden nicht nur als solche Schaden: viele Arbeiter werden arbeitslos, weil ihre Arbeitgeber zu wenig Bestellungen erhielten, da die Käufer auf noch tiefer sinkende Preise warten.

3. Ja, ein gleichbleibender Durchschnittspreisstand ist von Vorteil für Genossenschafter wie Genossenschaften. Er würde Handel und Verkehr sicherer gestalten.

4. Ja, es ist möglich, den Durchschnittspreisstand in der Schweiz auf gleicher Höhe zu halten, wenn die Nationalbank die Notenpresse und den Diskont richtig handhabt.

5. Ja, der V. S. K. soll die Bestrebungen zur Festigung des allgemeinen Preisstandes unterstützen, indem er durch seine Presse die Genossenschafter eingehend und wiederholt aufklärt über die Wichtigkeit einer festen allgemeinen Preislage und über die Mittel, die allgemeine Preislage fest zu erhalten. Vor allem soll er nicht in kurzsichtiger Weise den Leuten Hoffnung machen auf Preisabbau, denn damit schädigt er die Genossenschaften. Dr. C. L.

Bibliographie

Eingelaufene Schriften.

The People's Jear Book pro 1923.

Dieses Genossenschafts-Jahrbuch unserer britischen Freunde ist wieder in gewohnt gediegener Ausstattung erschienen. Auf 340 Seiten Text bietet es eine Fülle nützlicher Informationen über alle Fragen und Vorgänge, die unsere Bewegung direkt oder indirekt berühren. Die vorliegende neueste Ausgabe zeichnet sich besonders durch sorgfältigen Illustrationsschmuck aus und übertrifft damit die früheren, dem «Year Book» vorausgegangenen «Annuals», in welchen die häufige Wiedergabe gleicher Bilderreihen etwas monoton anmutete.

Der vielfältige Stoff des Jahrbuches ist so gruppiert, dass zunächst alle wichtigen Mitteilungen zusammengetragen wurden, die die britische Genossenschaftsbewegung im besonderen betreffen, worauf die erwähnenswertesten Vorkommnisse der Bewegung im Ausland gewürdigt und daran anschliessend persönliche Auffassungen einer Anzahl hervorragender Genossenschaftsvertreter über das Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der Welt zum Vortrag gebracht werden. Eine Reihe anderer Aufsätze behandeln u. a. die Fragen der Lebensmittelversorgung, des Staatsbudgets, der Kapitalbewegung, der Beziehungen der Genossenschafts- zur Arbeiterbewegung etc. Statistische Angaben über Wachstum und Tätigkeit der genossenschaftlichen Organisationen in 31 Staaten bieten eine sichere Handhabe zur Kenntnis und Beurteilung des gegenwärtigen Standes der internationalen Genossenschaftsbewegung. In einigen wenigen Fällen sind allerdings die statistischen Angaben etwas rückständig, weil noch nicht über 1919 hinausgediehen.

Unter den Artikeln über die britische Bewegung interessiert ein Aufsatz von Professor Hall, der in einer Rückschau auf die Ereignisse des letzten Jahres Ansätze für eine Neuentfaltung genossenschaftlicher Kräfte erblickt und die Prognose stellt, dass «bei Nichtauftreten von Ursachen, die gegenwärtig noch nicht erkannt werden können, das Jahr 1923 besser zu werden verspricht, als die Jahre 1921 und 1922 waren». Der Passus zeugt von einiger Vorsicht, wie sie bei allen Prophezeiungen, namentlich in der gegenwärtigen bewegten Zeitperiode, am Platze sind.

Unter den Mitarbeitern, die sich über den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft vernehmen lassen, befinden sich u. a. Heinrich Kaufmann für Deutschland, Victor Servy für Belgien, Dr. Karl Renner (Oesterreich), Fischer (Tschechoslovakei), Daudé Bancel (Frankreich) und die Herren B. Jæggi, Dr. A. Suter und Prof. E. Rappard (Genf) für die Schweiz. Die Ansichten unserer schweizerischen Genossenschafter über das schwierige Problem der wirtschaftlichen Rekonstruktion der Welt werden vom Herausgeber deshalb als besonders beachtenswert hervorgehoben, weil bei diesen Korrespondenten, die einem demokratischen Staatswesen angehören, das Rassen- und Sprachengegensätze in sich schliesst, keine Einseitigkeit des Urteils über europäische Angelegenheiten zu befürchten sei.

In unserer kurzen Uebersicht über den Inhalt des Year Book haben wir nur das Wichtigste charakterisieren können. Manches aus dem vielschichtigen Material liesse sich wohl auch anderweitig beschaffen. Der Vorteil besteht darin, dass hier alles systematisch und übersichtlich zusammengefasst ist. Und manche der behandelten Fragen werden mit Kompetenz und in interessanter Darstellung erörtert.

Arbeiter-Konsumverein «Einigkeit» Böhm-Kamnitz. Geschäftsbericht 1921/22 (1. Juli 1921 bis 30. Juni 1922). Selbstverlag. 14 Seiten.

Jahresabschlüsse von

Verein	Abschluss pro	Mitgliederzahl	Zahl der Läden	Warenumsatz Total	Warenumsatz pro Mitglied	Warenbezug beim V. S. K.	Betriebskosten Total	Betriebskosten in % zum Warenumsatz	Betriebsüberschuss	Verteilung des Betriebsüberschusses: Ausbezahlte Rückvergütung in Fr.	Ausbezahlte Rückvergütung in %	Abschreibungen	Zuweisungen an diverse Reservefonds
Bern	30. 9. 22	14,185	33	9,700,951	684	5,189,058	1,712,060	17,6	380,721	289,704	5 u. 4	109,224	68,124
Bischofszell	31. 8. 22	737	4	372,991	506	198,405	?	?	17,600	17,600	6	2,291	—
Bremgarten (Aargau)	30. 9. 22	580	4	258,040	445	150,904	26,350	10,2	15,606	15,260	7	3,000	—
Delsberg	30. 9. 22	3,241	14	1,780,465	549	839,570	233,418	13,1	100,694	88,560	6	7,361	3,700
Gelterkinden	30. 9. 22	583	4	424,744	729	297,387	38,061	9,0	25,885	25,196	8	3,099	4,960
Goldau	2. 9. 22	434	2	253,661	584	139,526	35,581	14,0	12,205	9,600	6	1,500	1,060
Hettiswil	30. 6. 22	68	1	59,385	873	25,072	4,817	8,1	2,694	2,161	6	140	533
Huttwil	31. 8. 22	1,213	6	752,890	621	406,010	85,853	11,4	41,135	32,880	6	1,219	8,200
Interlaken	30. 9. 22	1,285	7	664,370	517	371,762	99,440	15,0	44,888	32,508	5,5u.2	4,464	9,000
Langnau i. E.	2. 9. 22	1,559	7	915,508	587	351,906	236,534	23,8	—	27,520	4 u. 2	—	—
Leissigen	30. 9. 22	110	1	84,500	768	51,324	10,797	12,7	4,233	3,475	5	—	700
Lengnau (B.)	31. 8. 22	421	1	223,577	531	99,562	35,390	15,8	10,098	10,098	6	—	—
Lyss	30. 9. 22	659	3	396,203	601	208,270	51,092	12,8	24,026	21,000	6	2,659	2,500
Marbach (St.G.)	30. 9. 22	?	1	?	?	21,254	4,709	?	2,446	1,764	8 u. 7	99	500
Oberburg	30. 6. 22	1,029	4	574,348	558	287,357	?	?	30,589	30,300	6	4,536	—
Ormalingen	30. 9. 22	?	1	118,210	?	82,388	8,008	6,8	9,943	7,064	8	—	1,989
Rheinfelden	30. 9. 22	517	4	469,869	909	273,067	78,471	16,7	15,044	14,691	10 u. 5	2,530	—
St. Georgen	3. 9. 22	441	3	315,220	715	116,007	37,449	11,9	17,808	13,500	10	—	3,850
St. Niklaus	17. 6. 22	?	1	79,059	?	53,356	13,904	17,6	—	—	—	—	—
Solothurn	31. 8. 22	4,422	16	3,060,010	692	1,384,975	441,059	14,4	138,471	137,686	6,5u.2	16.376	6,298
Sood-Adliswil	2. 9. 22	145	1	241,907	1,668	92,960	23,699	9,8	15,040	14 789	7	1,097	—
Spiez	2. 10. 22	662	5	430,360	650	253,558	56,911	13,2	17,582	16,100	5 u. 3	1,300	—
Stans	1. 7. 22	137	4	168,813	1,232	107,518	28,571	16,9	—	5,500	[1])5	—	—
Uetendorf	30. 9. 22	535	3	444,141	830	303,749	34,757	7,8	34,177	26,152	7 u. 5	200	7,500
Wädenswil A. K. V.	30. 6. 22	1,259	11	1,303,894	1,036	545,532	199,929	15,3	2,250	—	—	—	—
Weesen	30. 6. 22	112	1	133,736	1,194	101,352	14,347	10,7	4,736	3,811	6	1,100	900
Winterthur, Gen.-Apoth.	30. 6. 22	336	1	71,826	214	303	30,772	42,8	3,491	486	4	2,700	—
Wohlen (Aarg.)	30. 9. 22	359	3	153,565	428	62,506	23,494	15,3	1,451	1,451	[1])5	[1]) 586	—
Worb	30. 9. 22	797	4	500,164	628	298,837	68,969	13,8	21,723	21,075	5	3,957	—
Zollikofen	30. 9. 22	331	1	230,814	697	149,432	21,182	9,2	21,046	12,593	7	3,840	4,563

[1]) Skonto.

Arbeiterhilfe und Sovietrussland. Die russische Hungersnot 1921 bis 1922 und ihre Bekämpfung im Lichte der Tatsachen. Berlin 1922. 27 Seiten.

Schweizerwoche-Verband zur Förderung der schweizerischen Volkswirtschaft. Jahresberichte pro 1920/21 und 1921/22. Derendingen 1922; je 30 Seiten.

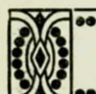
Freiland-Freigeld als politisches Programm von Fritz Roth, Fürsprech. Freiland-Freigeld-Verlag, Bern und Erfurt 1922. 106 Seiten.

Jahresbericht und Jahresrechnung der Genossenschaft Schweizer Mustermesse für die Zeit von 1. Oktober 1921 bis 30. September 1922. Buchdruckerei Gasser & Cie. Basel. 15 Seiten.

Ursprung, Beschaffenheit und Behandlung der wichtigsten Handelswaren, von Georg Döhnel, Berlin 1922. Verlag, Zentralverband der Angestellten. 76 Seiten.

Konsumverein für Strassburg und Umgegend. Geschäftsbericht für das 20. Geschäftsjahr (1. Juli 1921 bis 30. Juni 1922). Strassburg 1922. 30 Seiten.

Social and Labour Conditions in Sweden. Reprintet from the Swedish Year Book 1922. 26 Seiten.



Verbandsnachrichten



Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 19. Januar 1923.

1. Der Konsumverein Winterthur teilt mit, dass Herr Nationalrat J. Huber von Rorschach, im Schosse seines Vereins einen Vortrag über seine Reiseeindrücke in Russland gehalten habe. Bei dieser Gelegenheit wurde eine Kollekte zu Gunsten des hungernden Russlands veranstaltet, welche den Ertrag von Fr. 500.— abwarf. Der Verein hat beschlossen, die Hälfte dieses Betrages Herrn Huber zuhanden der St. Galler Russland-Küche und die andere Hälfte dem V. S. K. zu überweisen für seine seinerzeit vorgenommene Sammlung für den gleichen Zweck. Diese Gabe wird verdankt.

2. Von verschiedenen Vereinen erhalten wir die Anfrage, wie sie sich zu dem vom Kreisvorstand IXb an die Kreisvorstände und Vorstände aller dem V. S. K. angeschlossenen Konsumgenossenschaften versandten Zirkularschreiben betreffend Hilfsaktion für die Mitglieder der Engadiner Konsumgenossenschaft verhalten sollen.

Es ist uns nicht möglich, unseren Verbandsvereinen diesbezüglich einen Rat zu erteilen und müssen wir es ganz der Entscheidung der einzelnen Verbandsvereine überlassen, ob sie etwas zu dieser Hilfsaktion beitragen wollen oder nicht. Wir möchten lediglich darauf hinweisen, dass neben den Mitgliedern der Engadiner Konsumgenossenschaft, welche einen Teil ihrer Spargelder verlieren, auch der V. S. K. in ganz beträchtlichem Masse bei dieser Genossenschaft finanziell beteiligt ist und einen ganz erheblichen Verlust erleiden wird, der in die Betriebsrechnung unseres Verbandes pro 1922 eingestellt werden muss.

3. Vor einiger Zeit haben wir unsere Verbandsvereine, veranlasst durch eine Eingabe des Kreisverbandes I des V. S. K., über die von uns beim Schweiz. Postdepartement in Bern unternommenen Schritte bezüglich der Beteiligung von Postbeamten an der Verwaltung und Leitung von Konsumgenossenschaften, unterrichtet. Ebenso sind unsere Vereine

Verbandsvereinen.

Kasse	Bank-guthaben	Waren-vorräte	Debitoren	Wert-schriften	Liegen-schaften	Mobilien Maschinen u. ä.	Waren- und Bank-schulden	Spar- und Depositen-gelder	Obli-gationen-gelder	Anteil-scheine	Hypo-theken	Reserve-fonds	Verein
2,189	1,079,819	1,134,507	125,397	201,109	2,292,833	322,700	—	2,953,155	443,200	264,492	198,840	884,883	Bern
792	42,274	90,652	9,558	4,300	146,000	6,300	1,782	15,506	123,090	6,555	102,000	33,641	Bischofszell
2,282	30,143	41,214	600	2,200	77,000	1	276	49,782	—	5,365	60,000	20,000	Bremgarten (Aargau)
13,577	229,560	310,221	21,805	14,275	192,000	64,000	48,350	412,101	163,200	—	49,000	73,692	Delsberg
20	25,294	61,575	—	22,447	45,000	1	9,990	25,715	23,700	—	—	55,000	Gelterkinden
648	30,302	97,246	4,397	3,620	101,216	5,700	2,927	76,696	61,500	16,423	61,000	25,813	Goldau
2,208	472	14,160	168	1,400	—	1,120	5,041	—	—	5,527	—	3,404	Hettiswil
7,814	54,471	274,291	9,565	276,440	148,494	10,400	9,468	459,371	74,300	52,420	84,500	51,090	Huttwil
4,176	50,116	85,357	9,470	5,300	127,033	20,175	492	150,194	—	24,314	32,750	55,100	Interlaken
9,264	2,409	548,564	—	10,350	595,011	102,543	251,496	433,145	315,130	62,177	249,800	—	Langnau i. E.
2,116	15,055	23,074	—	650	54,744	9,786	—	55,263	9,000	2,587	29,494	3,000	Leissigen
1,773	12,894	66,231	840	2,800	152,395	4,585	339	93,980	—	6,008	120,000	18,549	Lengnau (B.)
7,035	181,378	80,426	7,654	12,500	181,000	9,500	—	268,451	—	24,193	113,084	33,470	Lyss
9	4,936	13,397	—	200	—	1	—	—	7,350	2,760	—	5,619	Marbach (St. G.)
13,616	502	316,963	3,717	5,200	313,000	26,200	11,188	335,774	75,100	19,446	144,600	80,798	Oberburg
265	2,499	35,715	—	1,300	20,950	1	—	—	—	—	31,000	20,442	Ormalingen
2,337	935	126,175	9,850	4,725	220,000	26,952	147,090	13,804	15,775	10,435	199,000	50	Rheinfelden
4,195	27,539	21,144	2,115	1,600	95,500	1	2,414	—	14,454	3,365	80,980	26,634	St. Georgen
603	208	20,251	44,073	80	—	5,000	85,482	—	—	1,160	—	—	St. Niklaus
9,634	336,463	431,114	10,443	29,400	856,727	47,003	32,895	698,941	252,500	—	326,095	200,781	Solothurn
3,633	50,106	38,693	4,387	1,900	33,290	3,000	—	—	—	75,110	24,000	16,769	Sood-Adliswil
5,089	52,535	171,215	6,704	3,200	200,138	12,566	20,656	254,123	15,250	17,908	101,909	21,241	Spiez
3,505	—	76,618	14,389	2,400	51,400	2,000	119,410	15,405	—	3,084	34,500	—	Stans
2,831	149,657	109,689	430	3,200	54,000	300	431	205,133	15,940	5,301	2,953	63,640	Uetendorf
3,986	—	371,219	31,113	6,240	326,044	97,681	487,699	143,013	101,700	39,083	166,500	10,000	Wädenswil, A. K. V.
1,163	—	23,270	1,072	280	—	4,815	15,003	—	—	10,860	—	900	Weesen
20	7,612	42,724	7,874	11,600	81,000	2,532	2,506	72,009	—	19,015	51,000	5,033	Winterthur, Gen.-Apoth.
397	—	23,573	1,540	3,120	40,052	3,800	4,192	14,406	19,650	9,848	20,300	8,912	Wohlen (Aarg.)
5,010	74,754	159,667	5,614	4,400	210,700	15,500	27	244,014	47,050	16,007	103,000	60,650	Worb
99	32,129	25,300	5,060	74,350	103,266	2,005	2,073	—	8,900	130,040	57,310	29,893	Zollikofen

von dem vom Schweiz. Postdepartement in dieser Frage eingenommenen Standpunkt in Kenntnis gesetzt worden.

Dies hat nun verschiedene Verbandsvereine veranlasst, an uns zu gelangen mit dem Hinweis, dass der vom Schweiz. Postdepartement vertretene Standpunkt nicht in allen Teilen stichhaltig ist, indem es sehr häufig vorkommt und dies speziell auf dem Lande, dass Posthalter auch noch Krämer oder Spezereiläden betreiben. Wir geben zu, dass in dieser Beziehung von der schweizerischen Postverwaltung in der Behandlung der Frage der ausserdienstlichen Betätigung von Postbeamten eine Ungleichheit gegenüber den Konsumvereinen geübt wird. Bis jetzt konnten wir jedoch in dieser Beziehung keine weiteren Schritte unternehmen, da wir auf allgemeine Wahrnehmungen nicht eintreten können.

Wir möchten deshalb alle diejenigen Verbandsvereine ersuchen, denen konkrete Fälle bekannt sind, wo Postbeamte neben ihrer dienstlichen Betätigung noch ein Gewerbe in oben angeführtem Sinne betreiben, uns dies unter Angabe der tatsächlichen Verhältnisse zu melden. Auf diese Weise können wir ein Aktenmaterial sammeln, das wir dann eventuell in einer Eingabe an das Schweiz. Postdepartement verwenden können.

4. Der Kreisverband IIIa hält Sonntag, den 4. Februar 1923 in Bern eine ausserordentliche Kreiskonferenz ab. Die Verwaltungskommission hat beschlossen, an diese Kreiskonferenz den Vize-Präsidenten der Verwaltungskommission, Herrn Nationalrat Dr. O. Schär, abzuordnen.

5. Ein vom Zentralsekretariat «Pro Juventute» in Zürich eingesandter Aufruf «Lebensmittelspende für Ausland-Schweizerkinder» wird im Genossenschaftlichen Volksblatt publiziert.

Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 23. Januar 1923.

Wir müssen immer und immer wieder die Beobachtung machen, dass unser «Bulletin», das vertraulichen Charakter hat und deshalb eigentlich nur für unsere Vereinsverwaltungen und Vereinsvorstände bestimmt ist, in die Hände der Privatkonkurrenz gelangt. So mehren sich in letzter Zeit die Fälle, wo wir leider in Erfahrung bringen mussten, dass Privatgrossisten regelmässig Einsicht in unser «Bulletin» erhalten.

Wir glauben von unsern Verbandsmitgliedern erwarten zu dürfen, dass sie auch in diesem Punkt Verbandstreue üben und nicht die Hand dazu bieten, dass unser «Bulletin» in den Besitz der Privatkonkurrenz gelangt, die unsere Warennotierungen ausnützt, um unseren Verband zu unterbieten und so ins Geschäft zu kommen. Dadurch wird die Privatkonkurrenz gestärkt und unsere Grosseinkaufszentrale geschwächt.

Wir möchten deshalb dringend den Appell an unsere Verbandsvereine richten, dafür besorgt zu sein, dass der vertrauliche Charakter unseres «Bulletins» nicht verloren geht und hoffen auf die tatkräftige Unterstützung sämtlicher Vereinsverwaltungen und Vereinsvorstände.

Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine

Einladung

zur

XI. ordentl. Generalversammlung

In Ausübung des § 25 der Genossenschaftsstatuten macht der Unterzeichnete hiermit bekannt, dass der Aufsichtsrat beschlossen hat, die diesjährige ordentliche Generalversammlung auf

Sonntag, den 8. April 1923

vormittags 10½ Uhr in das Restaurant du Pont, I. Stock, in der Nähe des Hauptbahnhofes in **Zurich,** einzuberufen.

Die **Tagesordnung** ist folgendermassen festgesetzt worden:

1. Abnahme des Protokolls der X. ordentlichen Generalversammlung vom 2. April 1922.
2. Abnahme des Berichts und der Rechnung über das Jahr 1922.
3. Wahl von fünf Mitgliedern des Aufsichtsrates für die Amtsdauer bis zur ordentlichen Generalversammlung 1926. (Abgelaufen ist die Amtsdauer der Herren E. Berger, Buchs, E. Quartier, St. Imier, A. Wartmann, Kreuzlingen, B. Enderli, Zürich und Dr. M. Bobbià, Bellinzona.)
4. Wahl von zwei Ersatzmännern für den Aufsichtsrat für die Amtsdauer bis zur ordentlichen Generalversammlung 1926. (Abgelaufen ist die Amtsdauer der Herren J. Bachofen, Rüti-Tann und H. Manz, Frauenfeld.)
5. Wahl von drei Revisoren.
6. Verschiedenes.

Die Delegierten haben sich über ihre Stimmberechtigung schriftlich auszuweisen.

Zürich, den 20. Januar 1923.

Der Präsident des Aufsichtsrates:
E. Angst.

Zu verkaufen

1 Ladenkorpus mit Aufsatz, 4,67 m lang, 80 cm breit, 2,15 m hoch, mit 63 Schubladen, verkauft billig der

Konsumverein Balsthal (Solothurn)

Redaktionsschluss: 25. Januar 1923.

Buchdruckerei des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel.



Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt



Nachfrage.

Gesucht an einen Jahres-Höhenkurort eine versierte, tüchtige **Verkäuferin** für Mercerie- Lingerie- und Manufakturwarenbranche. Nur solche Bewerberinnen mit ersten Referenzen und Zeugnissen wollen sich unter Angabe der Gehaltsansprüche unter Chiffre T. P. U. 14 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel melden.

Konsumgenossenschaft im Fricktal (Aargau) sucht per Ende Februar 1923 tüchtige, kautionsfähige **erste Verkäuferin,** welche in der Lebensmittel-, Mercerie-, Manufaktur- und Schuhwarenbranche vollständig bewandert und im Genossenschaftswesen gut vertraut ist. Offerten unter Angabe der Gehalts-Ansprüche, des Alters und Ausweis über bisherige Tätigkeit sind bis 31. Januar 1923 unter Chiffre K. G. 12 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel zu richten.

Angebot.

Bäckerstelle gesucht. Infolge Personalreduktion wird demnächst ein Bäcker bei der unterzeichneten Genossenschaft frei. Es handelt sich um einen tüchtigen, selbständigen Arbeiter, den wir bestens empfehlen können. Wir bitten deshalb Genossenschaften, die einen Bäcker einstellen könnten, sich an uns zu wenden.

Allgem. Konsumgenossenschaft Schaffhausen.

Tüchtiger, selbständiger und zuverlässiger **Bäcker** sucht Stelle als Erster oder für allein in Konsumbäckerei. Offerten unter Chiffre F. S. 13 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Für 18jähriges **Mädchen,** mit Sekundarschulbildung, deutsch, französisch und italienisch sprechend, wird in grösserer Konsumgenossenschaft **Lehrstelle** gesucht, zwecks Heranbildung als Verkäuferin und Bureaulistin. Offerten unter Chiffre M. M. 3 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Tüchtiges **Verkäufer-Ehepaar,** mit prima Referenzen, deutsch, französisch und italienisch sprechend, sucht grössere **Konsumablage** zu übernehmen mit Fixum oder Provision. Grössere Kaution kann geleistet werden. Offerten unter Chiffre A. B. 8769 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Arbeitswilliger und seriöser **Junger Mann,** der zweijährige Lehrzeit in Konsumverein absolvierte, sucht Stelle, wo er die deutsche Sprache erlernen könnte. Offerten an die Société coop. de consommation in Lucens (Vaud).

Durchaus selbständiger **Gross- und Kleinbrot-Bäcker** sucht Stelle als Erster oder Selbständiger. Stellesuchender versteht auch etwas von der Konditorei. Prima Zeugnisse stehen zu Diensten. Kaution kann geleistet werden. Offerten unter Chiffre H. 7833 E. an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Tüchtiger, kautionsfähiger **Bäcker** wünscht baldmöglichst Stelle in Konsumbäckerei. Offerten unter Chiffre J. B. 25 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel

Für gesunde, flinke Tochter, beider Sprachen mächtig, wird **Lehrstelle als Verkäuferin** gesucht. Antritt auf März, eventuell später. Anfragen befördert der Konsumverwalter in Schönbühl bei Bern.

Strebsamer, sprachenkundiger Mann, langjähriger Genossenschafter, Eisenbahner, sucht Stelle in Konsumdepot als **Magaziner** oder Magazingehilfe, gleich welcher Branche und Ort. Eintritt 1. Februar event. später. Offerten unter Chiffre K. M. 21 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.